

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,66 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dunder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 18 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 71

Berlin, Sonnabend, 12. September 1908.

Wierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Eine Kritik der Deutschen Gewerkevereine. — Verbands-
tag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Die
Einzelbarstellung der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen
Gewerkevereine für das Jahr 1907. — Allgemeine Kund-
schau. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-
Zell.

Eine Kritik der Deutschen Gewerkevereine.

Wir fürchten das Lob der Gegner nicht und
sind nicht so engherzig, daß wir glauben immer im
Fehler zu sein, wenn ein uns feindlich gesinntes
Blatt unsere Maßnahmen als richtig anerkennt.
Bedenklich aber würde es uns stimmen, wenn wir
uns des Beifalls eines Blattes wie der „Post“ zu
erfreuen hätten. Ein Lob dieses Scharfmacher-
organs, das nach wie vor in den Bahnen seines
Meisters und Förderers, des Freiherrn von Stumm
wandelt, wäre für uns ein Beweis, daß wir uns
auf falschem Wege befinden und eine Umkehr
dringend geboten erscheint.

Günstigerweise kommen wir nicht in die Lage,
von der „Post“ lobend genannt zu werden. Wenn
sie sich mit uns beschäftigt, so geschieht es, um die
Scharfmacher auf „das Schädliche“ unserer Be-
strebungen aufmerksam zu machen und vor uns zu
warnen. Das ist offenbar auch der Zweck eines Artikels
mit der Überschrift: „Der Radikalismus der Hirsch-
Dunderschen Gewerkevereine“, den übrigens auch die ge-
sinnungsfernen „Samb. Nachr.“ nachdrucken. Ver-
anlassung gab zu diesem Erguß die Verbreitung der
Schrift: „Die Forderungen des Gewerke-
vereins der Deutschen Maschinenbau- und
Metallarbeiter“, welche die vier auf dem letzten
Delegiertentage des Gewerkevereins gehaltenen Re-
ferate und in einem Anhang das Programm des
Gewerkevereins enthält. Die „Post“ ist der Mei-
nung, daß durch diese Schrift nur bewiesen wird,
„daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine den
Sozialdemokraten in bezug auf extreme Richtung
und ausgesprochene Gegnerschaft gegen die Unter-
nehmer nichts nachgeben“. Allem Anschein nach
sind sie durch die Entwicklung der Arbeiterbewe-
gung zu einer Revision ihres Programms ver-
anlaßt worden und halten es für geboten, den
anderen Gewerkschaftsrichtungen durch Vertretung
extremer Grundsätze möglichst gleichzukommen“. Es
wird dann weiter geäußert über in jener Schrift
enthaltenen Ubertreibungen, aufreizende und ge-
hässliche Darstellungen und Äußerungen über das
Unternehmertum usw.

Selbstverständlich ist die „Post“ auch unge-
halten über die im Programm aufgestellten Forde-
rungen. Die Festsetzung eines Mindestlohnes, die
gesetzliche Anerkennung und Sicherung kollektiver
Lohnverträge, die Einsetzung von Werkskommissionen
sind dem Blatt in der Seele zuwider, da sie „tief
in das Eigentumsrecht des Unternehmers ein-
greifen“. Die Forderung obligatorischer Schieds-
gerichte und Einigungsämter mit Verhandlungs-
zwang, die Einführung eines gesetzlichen Maximal-
arbeitstages sind nach dem Blatt sozialistische
Forderungen, die beweisen, daß die Hirsch-Dunders-
chen Gewerkevereine völlig zu sozialdemokratischen
Anschauungen sich bekennen. So sei die Schrift
geeignet, auch denjenigen die Augen zu öffnen, die
bisher in den Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinen
eine für das Gemeinwesen ungefährlische Bildung
erblinden.

Also die „Post“ ist höchst unzufrieden mit
unserer Organisation. Das ist gut so, und wir

können dem Blatte schon heute die Versicherung
geben, daß wir auch nicht im geringsten den Ver-
such unternehmen werden, uns seine Zustimmung
und seinen Beifall zu erwerben. Die Forderungen,
gegen die es hier ankämpft, sind für uns so selbst-
verständlich und ihre Durchführung in anderen,
keineswegs sozialistisch regierten Ländern hat sich
so ausgezeichnet bewährt, daß es nach unserer
Meinung im Interesse nicht allein der Arbeiter,
sondern unserer gesamten Volkswirtschaft liegt, sie
auch bei uns zu verwirklichen. Freilich, wenn es
nach der „Post“ ginge, dann wären auch bei
uns noch nicht einmal die sozialen Einrichtungen
geschaffen, die wir jetzt haben. Das Blatt ist
doch das Sprachrohr derjenigen Unternehmerrunde,
der jede soziale Reform ein Greuel ist. Günstiger-
weise sind ja die von jener Gesellschaft vertretenen
Anschauungen nicht absolut maßgebend, wenn auch
leider zugegeben werden muß, daß ihr Einfluß
noch viel zu groß ist.

Eigentlich ist es schade um die Zeit und den
Raum, den wir auf diese Betrachtungen verwenden.
Die „Post“ und ihre Hintermänner belehren oder
bedehnen zu wollen, wäre ein vergebliches Bemühen,
ein Versuch an untunlichen Objekten. Nur um
zu zeigen, welche verbohrtten Ansichten man in ge-
wissen Kreisen noch findet, und um eine Erklärung
zu geben dafür, daß gewisse Scharfmacher den Ar-
beitern das Mitbestimmungsrecht am Arbeits-
verträge und damit die soziale Gleichberechtigung
unter allen Umständen versagen möchten, sei
folgende Stelle aus dem „Post“-Artikel wörtlich
wiedergegeben:

Noch immer gilt in Deutschland der alte gute Grund-
satz! Jeder ist seines Glückes Schmied. Ferner gilt als
verfügungsberechtigt über das Eigentum noch immer der,
dem es gehört und der es in den meisten Fällen durch seine
persönlichen Leistungen, durch Fleiß, Zuverlässigkeit und
Sparsamkeit erworben hat. Die Industrie Deutsch-
lands ist keineswegs von den Arbeitern,
sondern von den Unternehmern geschaffen,
die ihre ganze Kraft ausschließlich zur Verfügung ge-
stellt haben. Die Arbeiter haben für die Ent-
stehung unserer Großindustrie nichts ge-
tan, sondern sie machen von den geschaffenen Einrich-
tungen nur den entsprechenden Gebrauch zu ihrem Nutzen,
womit sie selbstverständlich auch dem berechtigten Nutzen
des Unternehmers dienen. Aber das berechtigt sie kei-
neswegs, den Wert ihrer Mitarbeit an der Entwicklung der
deutschen Industrie so maßlos zu überschätzen, wie
dies in den maßlosen Forderungen des Hirsch-Dunders-
chen Gewerkevereins zum Ausdruck kommt.

Soll man derartige Behauptungen wirklich
noch einer Erwiderung würdigen? Die Arbeiter
haben für die Industrie nichts getan! Wohin
wären wohl die Unternehmer gekommen, wenn sie
nicht eine fleißige und vor allen Dingen eine
intelligente und damit leistungsfähige Arbeiterschaft
zur Verfügung gehabt hätten? Doch dieser ganze
Erguß ist so überaus albern, daß wir unseren
Lesern getrost selbst das Urteil über den Inhalt
überlassen können.

Interessant ist nur, daß die „Post“ sich über
unseren Radikalismus beschwert, während auf der
anderen Seite namentlich die „freien“ Gewerk-
schaften uns mit Schmeichelnamen wie Unter-
nehmerschutztruppe und wie die schönen Ausdrücke
noch alle heißen, titulieren. Wir können es eben
keinem recht machen, weder den Scharfmachern
von rechts, noch den Scharfmachern von
links. Da wir getreu unseren bewährten Grund-
sätzen die Forderungen der Arbeiter vertreten, ohne
nach dem Beifall von beiden Seiten zu schauen,

stoßen wir bei beiden an. Das wird uns aber in
unserer Haltung nicht im geringsten beeinflussen.
Die 40 jährige Geschichte unserer Bewegung zeigt,
daß die Deutschen Gewerkevereine zu jeder Zeit die
richtigen Grundsätze vertreten haben und daß trotz
aller Verhörungen und Verdrehungen sich schließ-
lich gerade diejenigen, die uns am heftigsten be-
scholten haben, unbewußt zu unseren Anschauungen
bekannt haben. So werden wir auch, ohne uns
durch das Gefläß der „Post“ und ihres Anhangs
irgendwie beirren zu lassen, auf unserem Wege weiter
gehen. Auf den Beifall der Scharfmacher haben wir
niemals gerechnet. Ihre Kritik läßt uns völlig kalt.

Verbandstag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

IV.

Der zweite wichtige Punkt betraf den Schutz
der Lohnforderungen der Bauarbeiter.
Bisher haben wir immer nur von der Not-
wendigkeit des Schutzes der Bauhandwerker ge-
hört, neuerdings hat sich erwiesen, daß bei den
Bauschwindleien, die besonders in unseren Groß-
städten von vielen Bauunternehmern (lies Bau-
löwen) ausgeübt werden, auch die Bauarbeiter oft
um ihr Geld kommen. Es würde zu weit führen,
hier die Praktiken zu schildern, deren sich die Bau-
schwindler bedienen. Es sei nur gesagt, daß heu-
zutage nichts leichter ist, als Bauunternehmer zu
werden, und daß man bei diesem Geschäft Schwinde-
leien von vielen Zehntausenden Mark begehen
kann, ohne daß gelegentlich irgendetwas man verant-
wortlich gemacht werden könnte. Wenn solche Bau-
unternehmer plötzlich Konkurs machen, geben den
Arbeitern die Löhne aus der letzten Lohnperiode,
sowie die eventuellen Affordüberschüsse in der
Regel gänzlich verloren. Der Zentralverband der
Maurer hat eine Statistik aufgemacht, nach der
seine Mitglieder in einigen 20 deutschen Städten
in dem Jahre 1906-07 etwa 36 000 Mk. an Lohn
verloren hatten. Das dürfte aber nur ein ver-
hältnismäßig kleiner Teil der Gesamtverluste sein,
die den Arbeitern durch den Bauschwindel er-
wachsen. In Hamburg allein wird der wirkliche
Verlust auf 30 000 Mk. in einem Jahre geschätzt,
und in Berlin, wo der Bauschwindel besonders
üppig blüht, dürfte dieser Betrag um ein Viel-
faches höher sein. Die Bauarbeiterorganisationen
haben öfter verjagt, die Gesetzgebung so zu än-
dern, daß den Arbeitern der Lohn nicht verloren
gehen kann. Sie gedachten das in der Regel da-
durch zu erreichen, daß den Arbeitern nicht nur
eine Forderung gegen den Bauunternehmer, sondern
auch die Forderung des Lohnes in der Zahlungs-
unfähigkeit dieses Unternehmers berechtigt seien,
auf den Hinterrang, den sogenannten Baugeld-
geber zurückzugreifen.

Die Referate über diese Fragen wurden ge-
halten von Herrn Magistratsyndikus Dr. Sil-
ler-Frankfurt und Herrn Baeplo-Wamburg vom
Zentralverband der Maurer. Sillers
Referat war wohl das beste auf der ganzen Tag-
ung; das wurde von allen Seiten anerkannt. An
Stelle der manderlei komplizierten Vorschläge, die
zur Lösung dieser Schwierigkeiten gemacht worden
sind, schlug Siller vor, die ganze Frage nicht zu
verquiden mit dem Schutze der Bauhandwerker,
sondern den Bauarbeitern für sich allein Anrecht
zu geben, beim Ausfall von Lohnforderungen sich
am Grundstück schadlos zu halten. Er erwartet
von der Durchführung dieses Vorschlages, daß die
Hinterrang, die sogenannten Baugeldgeber, sich
bei Erlaß eines solchen Gesetzes die Leute genauer
ansehen würden, die sie als Bauunternehmer vor-
schickten, und er ließ die Möglichkeit durchblicken,

Einnahme.

Name des Gewerkvereins.	Eintrittsgelder		Bödenbeiträge		Zinsen		Sonstige Einnahmen		Einnahme d. Ortsver. aus Lokalbeiträgen		Unterstützung bei:												
	M.		S.		M.		S.		M.		M.		M.		M.		M.		M.		M.		
	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	
Maschinenbau- und Metallarbeiter	—	—	854	108 ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Deutsche Kaufleute	6656	—	159	292	75	7	426	19	11	153	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Fabrik- und Handarbeiter	1084	95	95	765	51	10	080	14	567	88	902	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Textilarbeiter	811	25	35	745	87	1	462	47	4	680	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Holzarbeiter	957	50	100	729	65	967	95	2	606	88	22	460	44	1	806	—	—	—	—	—	—	—	
Schuhmacher und Lederarbeiter	808	—	50	859	85	297	40	998	08	282	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schneider	701	50	82	804	25	801	89	6	569	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bergarbeiter	474	25	25	072	84	584	64	1	818	72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zigarren- und Tabakarbeiter*)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Graphische Berufs- und Maler	148	—	19	267	71	499	49	1	491	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Töpfer und Ziegler	185	—	10	257	08	725	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bauhändler	152	—	18	695	98	224	—	3	520	49	797	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Frauen und Mädchen	127	75	3	691	80	2	10	811	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bildhauer	88	50	9	810	21	224	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Konkretoren	80	—	1	585	18	—	—	5	06	575	04	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schiffszimmerer	42	—	1	555	80	—	—	5	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Ortsverein der Brauer	78	—	9	717	59	1	221	40	1	178	59	414	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kesselführer	1	—	—	148	82	4	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kellner	80	—	—	1	609	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Handelskassierer	19	50	—	108	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gesamt	11 285	20	1 424 665	04	24 477	81	34 695	43	26 971	59	8 893	50	150 606	18	72 093	18	7 520	82	9 497	49	9 844	3 858	67

1) Gesamt-Einnahme. 2) Reise- und Umzugskosten. 3) Streit- und Maßregelungs-Unterstützung. 4) Darlehn. 5) Streit- und Maßregelungs-Unterstützung.

daß man auf diesem einfachen Wege dem Bau-schwindel überhaupt am besten zu Leibe gehen könne, ohne das Baugewerbe an sich zu schädigen. Zugunsten dieser Vor schläge zog dann Bauplomb-Samburg seine eigenen Anträge, die erheblich komplizierter waren, zurück. Zweifel stiegen uns dabei auf, ob der Vor schlag Siller ausreicht, wenn das Grundstück in Erbbaurecht gegeben ist, d. h. also, gar nicht dem Bauunternehmer oder dem Baugeldgeber gehört, sondern einem unbeteiligten Dritten, der es nur für längere Zeit in Erbpacht gegeben hat. Diese Frage muß noch besonders erdogen werden.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Zuständigkeit der Gewerbe gerichte für städtische Arbeiter. Diese Zuständigkeit ist zweifelhaft, weil sich die Gewerbeordnung darüber nicht klar ausläßt. Herr Stadtrat Müller-Dessau kam in seinen Ausführungen in etwas weitem Umwege zu dem Resultate, daß auch bei der heutigen Lage des Gesetzes schon die städtischen Arbeiter dem Gewerbe gericht unterstehen und deshalb zu demselben auch wahlberechtigt sind.

Ueberblickt man das Ergebnis der ganzen Tagung, so ergibt sich folgendes: Die Tagungen bieten außerordentlich viel Interessantes und leisten dauernd wertvolle Arbeit auf dem Gebiete des Ausbaues eines deutschen Reichssozialrechtes. Es kann daher nur gewünscht werden, daß diese Tagungen auch von seinen Kollegen, die als Gewerbe gerichts- oder Kaufmannsgerichtsbeisitzer tätig sind, in viel größerem Maße besucht werden, als es bisher der Fall war. Dabei sei nicht verschwiegen, daß uns an einzelnen Stellen die Verhandlungen etwas zu sehr auf den Fachjuristen ausgepißt schienen. Die Referate wurden teilweise so kurz gehalten, und es wurde so viel bei den Zuhörern vorausgesetzt, z. B. bei der Frage der Schlichtungskommission und der Frage der Vollmachten vor dem Einigungsamt, daß wir die Empfindung hatten, drei Viertel der Anwesenden verstanden nicht, worauf es ankam. Und diese unsere Ansicht wurde auch von anderer Seite geteilt. Die Kongressleitung möge daraus die Anregung nehmen, die Tagesordnung weniger reichhaltig zu gestalten. Es ist eine schwierige Frage, auf ein und demselben Kongress Fachjuristen zu befriedigen und auch nicht vorgeschulte Laien, die mit aller Unbefangenheit eines solchen nach dort kommen, auf dem laudenden zu halten. Denn wir möchten einen der Hauptzwecke der Kongresse darin erblicken, den Laienrichtern zur Schulung und Erziehung zu dienen und erst in zweiter Linie die Angelegenheiten des Fachjuristen zu behandeln.

Zum Schluß aber können wir folgende Bemerkungen nicht unterdrücken! Schon im Frühjahr dieses Jahres haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß im August diese Tagung stattfindet, und es schon damals unsern Kollegen ans Herz gelegt, dafür zu sorgen, daß ihr Gewerbe gericht auf der Tagung vertreten sei. Im Mitte Juli d. J. ist das mehrmals wiederholt worden. Und doch waren wir geradezu kläglich auf der Tagung vertreten! Ein einziger Gewerbe gerichtsbeisitzer aus dem ganzen Deutschen Reich war anwesend, der sich zu den Gewerbevereinen rechnete.

Ferner waren anwesend drei Gewerbevereinsbeisitzer von den Kaufmannsgerichten. Das war aber auch alles! Dabei sind wir in den letzten Jahren im steigenden Maße in eine ganze Anzahl Gewerbe gerichte eingedrungen. In Breslau besetzen wir sogar das ganze Gewerbe gericht. Ferner tragen in der Regel die Stadtverwaltungen die Kosten der Reise, und wo das nicht geschieht, könnten und sollten die Ortsverbände eingreifen. Das gehört mit zu ihren Aufgaben. Es ist aber an der Zeit zu sagen, daß, wenn an dieser Stelle auf solche Tagungen hingewiesen wird, wir das nicht tun aus reinem Vergnügen oder etwa, um die Zeit tot zu schlagen, sondern es geschieht in der Hoffnung, daß draußen intelligente Kollegen sind, die die gegebenen Anregungen aufgreifen und in die Praxis umsetzen. Wenn das nicht eintrifft, bleiben natürlich alle von oben gegebenen Anregungen nutzlos.

Die Einzeldarstellung der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Gewerkvereine für das Jahr 1907.

Nachdem wir in der Nummer 65 an der Hand eines reichen Tabellenmaterials die Nachweise über den Vermögensbestand der Deutschen Gewerkvereine, sowie über die Einnahmen und Ausgaben ihrer einzelnen Klassen im Jahre 1907 summarisch gebracht haben, soll heute ein Ueberblick über die Einnahmen und Ausgaben der Hauptklassen in einzelnen gegeben werden. Diesem Zwecke dient obige Tabelle, die sich von ihren Vorgängerinnen in früheren Jahren durch die größere Spezialisierung auszeichnet. Leider sind an dieser größeren Spezialisierung nicht alle Gewerkvereine beteiligt. Einzelne Posten werden verschiedenes gebucht; deshalb ist es bei ihnen schwierig, die verschiedenen Summen mit denen des vorigen Jahres in Vergleich zu stellen.

Wir haben bereits in der Nummer 65 nachgewiesen, daß die Vermögenslage der Deutschen Gewerkvereine eine durchaus günstige ist. Das wird auch durch unsere Tabelle bestätigt. Bemerkenswert ist dazu, daß die „Sonstigen Einnahmen“ sich zusammensetzen aus Sammelgeldern, Extrabeiträgen, Einnahmen aus Anseraten usw. Die Summe der Einnahmen der Ortsvereine aus Lokalbeiträgen würde sicherlich den zehnfachen Betrag ausmachen, wenn auch die Maschinenbauer diese Summe mit angegeben hätten.

Die Ausgaben für Streikunterstützung und Maßregelung beliefen sich zusammen auf 214 241,05 Mk., für Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt 150 606,13 Mk., für Reise, Umzug, besondere Notfälle, Sterbefälle und Invalidität 102 313,86 Mk. Insgesamt also wurde für diese Unterstützungsarten die Summe von 467 161,04 Mk. aufgewandt. Die Zahl bleibt hinter derjenigen des Vorjahres ganz erheblich zurück. Die Ursache dürfte darin zu suchen sein, daß im Jahre 1906 umfangreichere Kämpfe durchgeführt werden mußten, von denen an erster Stelle der Kampf auf dem Sünterwerk „Roths Erde“ bei Nachen stand.

An Rechtschutz wurden verausgabt 16 801,79 Mk. gegen 15 983,31 Mk. im Jahre 1906. Hierbei muß wiederum berücksichtigt werden, daß die Vertretung unfallverlehter und invalider Mitglieder vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamt sowie auch vor den Gewerbe gerichten nicht mit in Anrechnung gebracht worden ist.

Für Bildungs zwecke wurden 51 971,91 Mark ausgegeben, während die betreffende Summe im Vorjahre nur mit 14 550,59 Mk. angegeben war. Dieser gewaltige Unterschied erklärt sich daraus, daß bis dahin die Ausgaben für Bildungszwecke bei den Maschinenbauern aus den Ortsvereinen gezahlt wurden, während sie jetzt besonders aufgeführt wurden.

Für Agitation und Arbeitersekretariate ist die Summe von 179 567,88 Mk. in Ausgabe gestellt. Durch den Ausbau der Arbeitersekretariate und die Anstellung von Beamten konnte nicht allein die Agitation wirksamer betrieben, sondern vor allen Dingen auch die Auskunfts erteilung an die Mitglieder in Fragen der Arbeiterversicherung, sowie in allen anderen Streitigkeiten wesentlich gefördert werden. Die dafür aufgewandten Summen haben manchem Arbeiter zu seinem Rechte verholfen.

Zu der Summe von 129 372,93 Mk., welche für die Organe und ihren Ver stand aufgewandt wurde, kommt noch ein Betrag von rund 30 000 Mk., den das Verbandsorgan beanprucht. Ueberhaupt müssen verschiedene der angeführten Posten erhöht werden, da die von der Verbandsleitung für verschiedene Zwecke ausgegebenen Beträge nicht mit in Anrechnung gekommen sind.

Die unter den übrigen Rubriken aufgeführten Zahlen, so interessant sie im einzelnen sein mögen, betreffen in der Hauptsache die innere Verwaltung, kommen also für die Agitation weniger in Betracht. Dagegen bieten die übrigen Zahlen ein gutes Agitationsmaterial. Zeigen sie doch, daß die Deutschen Gewerkvereine ihren Mitgliedern in allen Lagen des Lebens hilfreich zur Seite stehen und stattdessen Summen dafür aufwenden. Die Gegner, die unsere Organisation gerade wegen ihrer guten Kasseneinrichtungen oft genug angegriffen und herunterzureißen versucht haben, haben trotzdem bereits für ihre Zwecke Material daraus zu schlagen versucht, daß diese Zusammenstellung nicht veröffentlicht worden ist. Die Zahlen beweisen deutlich, daß wir uns damit vor aller Welt sehen lassen können und daß das Nebelgehülz anderer Freunde von rechts und links verfrüht gewesen ist.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. September 1908.

Auf die am 20. September geplante Friedenskundgebung scheint die Sozialdemokratie großes Gewicht zu legen. Wesel, der in einem Briefe derartige Demonstrationen als überflüssig und bedenklich bezeichnet hatte, läßt jetzt erklären, daß er den Brief geschrieben habe, bevor er etwas von den beabsichtigten Veranstaltungen wußte. Außerdem dauert er, daß der Inhalt des Briefes überhau-

Zu- samm- lung	Streifunterstützung		Bildungs- zwecke		Agitation und Arbeiter- sekretariate		Generalräts- sitzung, General- versammlung, Konferenzen usw.		Verwaltungs- kosten der Hauptkasse		An die Ortsstellen		Organe nebst Verband		Drucksachen, Agitations- material, Arbeits- vermittlung		Orts- verbands- und Verbands- steuern		Rechtschutz		Neu angelegte Gelder			
	aus der Hauptkasse	aus den Einkassisten	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S		
149 695 ^{*)}	—	—	38 922	—	141 036	—	—	—	117 778	—	—	—	59 857	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
782 50	—	—	1 853	47	8 691	17	5 899	68	80 332	17	280	76	20 762	75	82 457	94	5 767	26	866	96	15 787	52		
—	82	—	4 679	55	6 488	51	8 775	50	10 500	—	12 060	21	6 670	—	2 022	80	6 955	97	358	06	—	—		
—	78	—	1 748	10	2 694	13	96	50	8 567	—	8 888	08	4 228	17	1 319	55	2 574	20	482	21	8 295	47		
97 68	—	1 711	85 ⁷⁾	80	9 668	84	168	75	10 266	49	20 244	52	11 867	62	1 890	70	1 967	56	1 325	58	26 848	55		
—	10	—	965	61	2 202	30	175	—	9 958	—	4 816	70	6 994	64	1 466	81	2 249	86	1 182	42	10 218	40		
—	40	—	2 217	82	1 699	51	1 724	12	8 787	75	8 849	55	8 919	82	1 568	72	2 145	85	1 80	87	1 804	28		
—	—	—	680	51	8 088	56	600	70	4 106	—	52	78	4 564	—	1 486	80	1 098	86	102	29	6 884	64		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
—	876	—	—	—	641	60	65	70	3 764	80	4 185	89	2 320	84	988	70	720	80	88	50	8 295	61		
646 40	1 739	892	73	—	387	20	842	20	1 064	62	141	18	1 280	50	1 091	45	685	30	104	50	1 064	78		
—	948	49	275	—	129	61	2 217	25	2 218	72	2 188	70	1 620	70	1 812	65	528	28	111	40	—	—		
—	567	—	165	—	181	48	108	10	195	70	195	70	1 162	85	55	06	842	55	8	—	—	—		
—	—	948	60	—	254	75	1 154	70	586	80	2 791	58	608	44	260	39	176	99	47	50	2 257	27		
—	—	—	—	—	57	98	211	50	214	17	—	—	461	31	1 477	42	80	85	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	28	80	50	—	68	28	121	08	262	60	68	28	188	80	5	—	1 400	—		
882 29	—	—	—	—	272	98	262	50	1 198	28	76	70	8 297	26	212	25	294	98	249	—	100	—		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	95	—	—	7	44	—	—	25	20	—	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	846	14	—	—	—	—	688	05	49	35	—	—	110	—		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180	06	—	—	—	—	—	—		
3 858 87	201 855	12	8 492	43	51 971	91	179 567	38	16 922	23	200 444	27	55 268	48	129 372	93	48 431	08	25 794	06	16 801	79	77 966	47

*) Streif- und Maßregelungs-Unterstützung. *) Die Mittel werden aus den Ortsvereinskassen gedeckt. *) Jahresabschluss nicht eingelangt.

beröffentlicht worden ist. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich auch fast in jeder Nummer mit der Sache, die er natürlich zu parteipolitischen Zwecken aus-
süchlichen versucht, obgleich die englischen Arbeiter-
führer ausdrücklich gewünscht haben, daß die Kund-
gebung von allen deutschen Arbeitern ohne Un-
terchied ihrer Religion und ihrer
politischen Parteistellung veranstaltet
würde. Wenn es in dem Schlußsatz eines Artikels
in der Donnerstag-Nummer heißt, daß in der Be-
kämpfung des Krieges und des Militarismus sich
das Proletariat der gesamten Welt eins und einzig
weiß, so ist es erst recht ein Unfug, daß die Ver-
liner Gewerkschaftskommission es abgelehnt hat,
mit andersorganisierten Arbeitern eine Friedens-
versammlung gemeinsam abzuhalten.

Unsere Verbandskollegen und Kolleginnen
von Berlin und Umgegend müssen aus allen diesen
Vorgängen die Mahnung ziehen, daß es eine
Ehrenpflicht für sie ist, in Massen zu
der in der Verbandskassette unsererseits
geplanten Friedensversammlung
zu erscheinen, damit die englischen Kameraden
erkennen, daß es den Deutschen Gewerksvereinen
ernst ist mit der Erhaltung freundschaftlicher Be-
ziehungen zwischen den beiden Kulturländern.
Alle anderen Rücksichten müssen an
diesem Sonntag schweigen. Der
20. September gehört unserer Orga-
nisation, für deren Ehre jeder ein-
zelne einzustehen verpflichtet ist.

Der Verein der Brauergesellen zu Breslau hat
sich nach einem Vortrage des Verbandsassistenten
Kollegen Klein dem Verbands der Deutschen Ge-
werksvereine angeschlossen. Wir begrüßen den neuen
und stattlichen Zuwachs von ganzem Herzen in
unserer Gemeinschaft und hoffen, daß auch der
Breslauer Brauergesellenverein sich unter dem
Banner der Deutschen Gewerksvereine gut weiter
entwickeln möge, im Interesse seiner Mitglieder
und der Sache der nationalen Arbeiterbewegung.

Ein Vertretertag reichstreuere Arbeitervereine
hat in diesen Tagen in Waldenburg i. Schl. statt-
gefunden. Wir haben diese Veranstaltung in un-
serer vorigen Nummer in der Notiz „Reichstreuere
und Unternehmer“ bereits gekennzeichnet. Nun
schreibt der „Vorwärts“, daß an diesem Vertreter-
tage auch der Ortsverein der Fabrik- und Hand-
arbeiter in Waldenburg teilgenommen habe. Wir
sind zuzeit nicht in der Lage, die Behauptung
auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen und begreifeln
sie. Sollte aber wirklich der genannte Verein einen
Vertreter zu der Tagung entsandt haben, so wäre
das zunächst auf eine beauerliche Verkennung der
gesamten Sachlage zurückzuführen. Jedenfalls steht
jeder der Verband der Deutschen Gewerksvereine,
als auch der Gewerksverein der Fabrik- und Hand-
arbeiter den Bestrebungen vollständig fern. Beide
würden das Verhalten des Waldenburger Orts-
vereins auf das allerhöchste verurteilen und dafür
Sorge tragen, daß eine derartige Verirrung nicht
wieder vorkommt. Der Versuch, aus diesem An-
laß die Gewerksvereine mit den Selben auf gleiche

Stufe zu stellen, ist also gescheitert, wobei wir noch-
mals hinzufügen möchten, daß die „Vorwärts“-
Redakteure am allerwenigsten berechtigt sind, ande-
ren in dieser Beziehung Moralpredigten zu halten.

Einem wahren Wutanfall hat unsere Notiz be-
treffend den Sperrbruch durch zentralorganisierte
Löhner in Friedrichsfelde beim „Vorwärts“
herbeigeführt. Nahezu eine Spalte seiner Frei-
tags-Nummer widmet er dem Nachweis, daß in
diesem Falle ein Sperrbruch gar nicht vorgelegen
hätte, obgleich die Arbeiter noch
mehrere Hundert Mark Lohnforde-
rungen hatten. Mit dem „Vorwärts“ wollen wir
uns nicht darüber streiten. Wir wollen ihm
nur erwidern, daß nach Ansicht unserer Kollegen
in dem Falle in Potsdam eine Maßregelung
nicht vorlag und darum auch kein Grund, die
Arbeit einzustellen. Wie die zentralorganisierten
Löhner für sich das Recht in Anspruch nehmen, nach
ihrem eigenen Ermessen zu urteilen und zu han-
deln, so tun dies auch die im Gewerksverein orga-
nisierten Löhner. Was dem Einen recht ist, ist dem
Anderen billig. Im übrigen zeigen die Neben-
bemerkungen des Artikels, daß unsere Siebe in
der „Vorwärts“-Redaktion gehörig gelessen haben.

Die Reichsfinanzreform bildet schon seit Mo-
naten den Gegenstand der öffentlichen Besprechung.
Wenn wir uns mit dieser, auch die Arbeiterkassette
lebhafte interessierenden Frage bisher nicht beschäf-
tigt haben, so lag das daran, daß die Betrachtun-
gen, die daran geknüpft wurden, zu allgemeiner
Natur waren, sich lediglich auf Vermutungen stüt-
ten. Jetzt aber hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen
längeren, sicherlich offiziellen Artikel über die
Reichsfinanzreform veröffentlicht, aus dem aller-
dings über die eigentlichen Steuerentwürfe auch
nichts verlautet, der aber doch die grundlegenden
Gedanken der geplanten Reform erkennen läßt.
Danach will die Reichsregierung vor allen Dingen
die Einleitung einer stetigen Schuldtilgung,
sowie Vorkerbungen gegen die weitere
Vermehrung der Schulden antreiben. Die
Ausgaben sollen auf das unbedingt Notwendige
beschränkt, die Einnahmen planmäßig erhöht
werden, um auf diese Weise das Gleichgewicht zwischen
Bedarf und Deckung herzustellen. Zur Erreichung
dieses Ziels müßten die Grundzüge eines Finanz-
planes zum mindesten für ein Jahr festgelegt
werden. Bezüglich der Ausgaben soll „mehr als
bisher auf die bewährten Grundzüge altpreussischer
Sparsamkeit zurückgegangen werden“. Bei Bau-
ten und anderen Neuanlagen will man eine Ein-
schränkung der Ausgaben zu erreichen suchen, dem-
entsprechend des kostspieligen Beamtenapparates
soll vorgebeugt werden, die Formen des Geschäfts-
verkehrs der Behörden sollen sich dem modernen
Verkehr mehr anpassen, bei der Prüfung neu zu-
treffender Maßnahmen, Vergebung von Lieferun-
gen usw. künftighin mehr kaufmännische Grund-
sätze maßgebend sein.

Aber bei aller Sparsamkeit müßte doch auf
eine Verstärkung der Einnahmen durch sehr erheb-
liche Steuererhöhungen hingearbeitet werden. Des-

halb soll der Massenkonsum gewisser Genussmittel
mit starken Abgaben herangezogen werden unter
höherer Belastung des kostspieligen Luxuskonsums.
Von direkten Einkommen- und Vermögenssteuern
soll abgesehen, dagegen die Veredelung der Matri-
kularbeiträge durchgeführt werden. Schließlich
gibt es einzelne charakteristische Erfindungen des
modernen Aufwandes“, die eine Steuerbelastung
vertragen können, ohne daß damit nach dem Urteil
der berufensten Sachkenner eine Gefahr für San-
del und Gewerbe verbunden ist.

Auch diese Ausführungen der „Nordd. Allg.
Ztg.“ geben nur Andeutungen, lassen aber nicht er-
kennen, welche Pläne im einzelnen geheiht werden.
Die Betonung größerer Sparsamkeit macht gewiß
einen guten Eindruck. Indessen sind wir der Mei-
nung, daß denn doch an ganz anderer Stelle mit
dem Sparen ansetzungen werden müßte. Es ist
zweifellos, daß die kläglichste Lage der Reichsfinan-
zen in der Hauptsache herbeigeführt worden ist
durch die von Jahr zu Jahr steigenden Militär-
und Marineausgaben. Hier muß man also
mit dem Sparen beginnen, widrigen-
falls selbst bei den größten Einnahmeverbesserun-
gen die Finanzklemme bald wieder dieselbe sein
würde. Mit aller Deutlichkeit aber läßt sich schon
heute erkennen, daß die Regierung von direkten
Reichssteuern so gut wie nichts wissen will. Die
große Masse des Volkes soll von neuem schwer
durch indirekte Steuern getroffen werden, denn
wenn auch vom sozialen Ausgleich bei der Art der
Belastung der Minderbemittelten und der Besser-
gestellten gesprochen wird, so sind das schöne Fra-
gen, die noch immer dazu geführt haben, gerade
den ärmsten Schichten der Bevölkerung die Lebens-
haltung zu verteuern. Unter den „Erfindungen
des modernen Aufwandes“ sind offenbar Gas- und
Elektrizität gemeint, die zur Besteuerung heran-
gezogen werden sollen. Alles in allem zeigt der
Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß die geplante
Reichsfinanzreform die schlimmsten Erwartungen
übertreffen wird. Schon heute darf sich das
deutsche Volk darauf gefaßt machen, daß ihm im
kommenden Winter ein Steuerbuckel vorgelegt
werden wird, das dem des Reichert von Stengel
würdig zur Seite gestellt werden kann. Geht
darauf man sein, welche Stellung der Reichstag zu
dieser Reichsfinanzreform einnehmen wird.

Arbeiterbewegung. Die Bewegung der Löhner
in Glogau hat die Unternehmer veranlaßt, eine all-
gemeine Aussperrung vorzunehmen. Dieselbe wurde
selbst auf diejenigen Betriebe ausgedehnt, die sich zur
Unterzeichnung des Tarifs bereit erklärt hatten. —
Auf der Jagd „Graf Bismarck“ bei Essen ist eine
Anzahl Schleppler und Pferdeträger in den
Streik getreten, weil ihnen die zugesagte Lohnerhöhung
nicht bewilligt worden ist. — In der Oberpfalz
sind rund 2000 Glasarbeiter ausgesperrt worden,
die in der Hauptsache im christlichen Verbands-
organisiert sind. — Einen Tarifvertrag für das
Fliesenlegergewerbe, der für ganz Württemberg,
Hohenzollern und alle Bundesstaaten gelten soll, die
bisher noch keinen Vertrag haben, ist nach vieler
Mühe zum Abschluß gekommen. Der Tarif läuft
bis zum April 1911. — In Bamberg haben die

riedens-
großes
beden-
er den
dem be-
berhaupt

